

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

**Peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer, unterstreicht, daß SPD und FDP konsensfähig bleiben: Gerade in härteren Zeiten zu den Grundsätzen stehen.**

Seite 1  
**Wolfgang Roth MdB würdigt Alex Möllers 60jährige SPD-Mitgliedschaft: Weit mehr als ein sozialdemokratischer Baß.**

Seite 4  
**Antje Huber MdB fragt, ob der Ärztekammer-Präsident den Grundkonsens mit den Politikern aufkündigen will: Vilmar-Rede eine Ungeheuerlichkeit.**

Seite 5  
**Günter Apel fordert die Korrektur der Konkursordnung: Den Arbeitnehmern helfen.**

Seite 6  
**Klaus Wettig MdEP kritisiert die EP-Agrarpreisbeschlüsse: Schwarzer Freitag für die Reform der Europäischen Gemeinschaft.**

Seite 7  
**Egon Lutz MdB zur BDA-Denkschrift: Schlechter Rat.**

Seite 6  
Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 59

26. März 1982

SPD und FDP bleiben konsensfähig

Gerade in härteren Zeiten zu den Grundsätzen stehen

Von Dr. Peter Glotz  
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die Landtagswahl in Niedersachsen war eine Niederlage für die Deutsche Sozialdemokratie. Das Problem, mit dem sie sich konfrontiert sieht, ist eine Zersplitterung des progressiven Lagers in der Bundesrepublik Deutschland. Der Widerwille vieler junger Wähler, einer der großen und traditionsreichen Parteien ihre Stimme zu geben und ihre Hinwendung zu einer kleinen, beweglichen, ideenreichen, aber auch unrealistischen und unsicher hin und her springenden neuen Organisation, nämlich den Grünen, erfüllt objektiv die Funktion der vierten Partei, wie Franz Josef Strauß sie vor Jahren konzipiert hat. Es wäre ganz unsinnig, die Grünen, die vor allem von idealistischen Bürgern zwischen 20 und 35 gewählt und unterstützt werden, inhaltlich in irgendeiner Weise mit der kleinbürgerlich-populistischen NPD der 60er Jahre zu vergleichen; aber leider erfüllt sie die gleiche Funktion wie diese NPD bei der Wahl von 1969: Sie sprengt das Parteiensystem auf und rückt deshalb den Machtwechsel, diesmal zu den Konservativen, in greifbare Nähe.

Das konservative Lager befindet sich angesichts dieser Entwicklung zu einem zeitweiligen Vier-Parteien-System in freudiger Erwartung. Es fühlt sich psychologisch sowieso gestärkt; die Wahlsiege von Ronald Reagan und Margret Thatcher haben ihnen Mut gemacht. Kein Wunder, daß von dieser Stimmung ein paar Wankelmütige aus der Mitte mitgerissen werden. In acht NATO-Ländern haben in den letzten Jahren Wahlen stattgefunden; in sieben davon wurden - unter dem ungeheuren Druck der internationalen ökonomischen Entwicklung - die Regierungen, ob sie nun links oder rechts waren, abgewählt. Nur in der Bundesrepublik Deutschland hat sich die sozial-liberale Koalition gegen Strauß an der Macht gehalten. Kein Wunder, daß die Konservativen jetzt den Sprung endlich sehen möchte. Sie sind ungeduldig, aufgeregt und etwas tollpatschig in ihrer Siegeszuversicht - und verlassen sich fast völlig auf eine inhaltsleere Wenden-Rheto-



rik. Dies, die Betonung des fälligen Wechsel ist zwar für Oppositionen weder etwas Ungewöhnliches noch etwas Unanständiges; wenn der Wechsel aber sozusagen ganz und gar argumentenlos gefordert wird (das beste Beschäftigungsprogramm ist eine neue Regierung) ist die Schubkraft, die von solcher Programmatik ausgeht, trotz der günstigen Konstellation noch unzulänglich.

In dieser Situation wäre es für die Koalition das Falscheste, wenn sie aufgeregt hinter dieser oder jener Wählergruppe herlaufen wollte. Sie muß - wenn auch klarer und unmißverständlicher als bisher - ihr Programm vertreten. Günter Verheugens Positionsbestimmungen (was will die F.D.P.? FDK 24. März 1982) sind dabei in vielen Punkten - allerdings bei Aufrechterhaltung selbstverständlicher Differenzen zwischen zwei Koalitionsparteien - konsensfähig.

Wenn die SPD ihre Grundpositionen programmatisch schärft, wenn sie sie noch deutlicher, verständlicher und offener, weniger verschleiert durch diplomatische Rücksichten, formuliert, dann wird das der Koalition mehr nützen als schaden. Es wird dann nämlich deutlich werden, daß die Volkspartei SPD nicht etwa die Absicht hat, es allen recht zu machen, sondern daß sie zwar ein Gesamtprogramm anbietet, das allen Interessengruppen dieser Gesellschaft ihr Lebensrecht einräumt, das aber durchaus deutliche Akzente erkennen läßt.

#### Friedenspolitik

Jeder in diesem Land muß wissen: Die SPD tritt klar und ohne Wackeln für das westliche Bündnis ein. Sie steht auch für ein ungefähres militärisches Gleichgewicht zwischen den Blöcken. Aber sie denkt nicht daran, zum Beispiel alle Züge der Außenpolitik der gegenwärtigen amerikanischen Regierung mitzuvertreten und mitzudecken. Wir sind keine Weltmacht und am deutschen Wesen wird die Welt nicht genesen; aber wir sind als Deutsche selbstbewußt genug, deutlich zu sagen, daß derjenige, der sich mit reaktionären und ausbeuterischen Regimes verbündet, auf Dauer in westlichen Demokratien für eine solche Politik keine Mehrheit bekommen kann und darf.

#### Gesellschaftspolitik

Die Sozialdemokraten gehen in ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik einen klaren, eigenen Weg. Sie halten es für erwiesen, daß zentral geleitete Wirtschaften in Fehlplanung ersticken und daß verstaatlichte Betriebe weder produktiver sind noch humaner sein müssen als Private. Aber sie lehnen auch strikt den Rückmarsch in einen ungezügeln Kapitalismus ab. Wer in Deutschland ökonomische oder verteilungspolitische Ideologie der Neokonservativen durchsetzen will, wird auf den härtesten Widerstand der Sozialdemokraten treffen. Leute wie Friedmann, Kirkpatrick, Laffer und andere sollen mit ihren Theorien nicht auch noch in der Bundesrepublik Unheil anrichten können.

#### Sozialpolitik

Sozialdemokraten bestreiten nicht, daß die großen sozialen Sicherungssysteme von einer durchschnittlich fünf Prozent wachsenden Wirtschaft umgestellt werden müssen auf ein sehr viel geringeres Wachstum in den nächsten 15 Jahren. Dies kann es notwendig machen, daß diese Sicherungssysteme weiter konsolidiert werden; die Sozialdemokratie wird aber jeder Privatisierung der großen Lebensrisiken mit Nachdruck Widerstand entgegensetzen. Sparen ja; aber nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit. Die Sparkommissare müssen sich endlich einmal Vorschläge einfallen lassen, die nicht immer nur die kleinen Leute treffen. Wo aber ausgewogene Konsolidierungskonzepte vorgelegt werden, wird die Sozialdemokratie - wie auch im letzten Jahr - den Mut haben, auch ihren eigenen Anhängern und Wählern Einschränkungen zuzumuten.



Ausländerpolitik

Ein wichtiger Grund für die Abwendung vieler Wähler sind Konflikte und Ängste, die es zwischen der deutschen und der in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Bevölkerung gibt. Dies ist ein besonders wichtiges Feld, auf dem die gemeinsamen Auffassungen der Sozialdemokraten und Liberalen zur Wirkung kommen können. Nichts ist wichtiger, als daß SPD und F.D.P. sich gemeinsam mit aller Kraft gegen jeden Ausländerhaß stellen. Gleichzeitig müssen sie entschlossen und gemeinsam dafür sorgen, daß die Zahl der ausländischen Mitbürger begrenzt wird, daß denjenigen, die mit uns gemeinsam hier leben, ein realistisches Integrationsangebot gemacht werden kann.

Reformpolitik

Ich greife im übrigen Günter Verheugens Bemerkung auf, daß gerade in wirtschaftlich schwieriger Zeit der Wille zur Reform nicht erlahmen darf. In der Tat gibt es eine ganze Reihe von Feldern, auf denen Reformpolitik nicht nur nach wie vor möglich, sondern nötiger denn je ist. In der Rechtspolitik, in der Umweltpolitik, in der Bildungspolitik und bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Dritten Welt können die Partner der sozial-liberalen Koalition neue und erfolgversprechende Akzente setzen. Hier muß man sensibel auf neue Strömungen in der Bevölkerung, auf neue politische Tendenzen reagieren. Es ist überhaupt nicht zu sehen, wie die Union dies mit Anhängern bewerkstelligen soll, die sie seit Jahren konsequent zu einem entschlossenen Marsch in die konservative Gegengesellschaft ermutigt hat.

Die Konservativen haben Konjunktur in vielen Teilen der westlichen Welt, das ist kein Zweifel. Wichtig ist angesichts dieser Tendenz eines: Daß sich die Progressiven nicht zu Paaren treiben lassen. Die Tradition der Aufklärung, die Errungenschaften des europäischen Sozialstaates, die Paradigmen einer erfolgreichen und realistischen Entspannungspolitik dürfen nicht nur in Phasen des geistigen Aufbruchs, in Zeiten der erleichterten Reform, unter den Bedingungen progressivem Stimmungsaufschwungs hochgehalten werden. Gerade in härteren Zeiten muß man zu seinen Grundsätzen stehen. Anders gesagt: Gerade in härteren Zeiten wird man sehen, wer zu seinen Grundsätzen steht.

(-/26.3.1982/h1/ca)

+ + +



Weit mehr als ein sozialdemokratischer Boß

Alex Möller arbeitet seit 60 Jahren für die SPD

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises  
Wirtschaftspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Alex Möller wird heute dafür gefeiert, daß er 60 Jahre Sozialdemokrat ist. Was politisch entscheidend ist, ist nicht die Dauer der Mitgliedschaft, sondern ihre Umstände. Da war die Kraft des Widerstehens in der Zeit der Nazis. Da war die Treue zur SPD in der Adenauer-Ära, in der es weiß Gott nicht einfach war, zur SPD zu stehen. Zumal, wenn man gleichzeitig eine unternehmerische Aufgabe erfüllte. Da war die kritische Loyalität von Alex Möller in den Jahren der Regierungszeit seit 1966.

"Genosse Generaldirektor" war zwar ein glänzender Titel für das Buch, das Alex Möller veröffentlichte, aber leider geriet das Wort zum Stereotyp. Den Menschen Alex Möller erfaßt es nicht ausreichend.

Alex Möller ist weit mehr als ein sozialdemokratischer Boß. Jedes Bonzentum ist ihm fremd. Er ist ständig auf Suche zu neuen politischen Fragen und Gesprächspartnern. Nichts ödet ihn so an, wie politische Routine. Meine persönliche Erfahrung mit Alex Möller ist, daß er fast gierig nach neuen Argumenten und unkonventionellen Fragen ist.

Wirtschaftspolitisch steht uns Alex Möller heute stets mit Rat zur Verfügung. Seine Beschäftigung mit internationalen wirtschaftlichen Problemen hat uns in der SPD mitgeholfen, die provinzielle Enge zu überwinden, die andere in Deutschland bis zum Überdruß auszeichnet.

Alex Möller ist seit langem der herausragende Ratgeber des Kanzlers. Das weiß jedermann. Aber wie oft er auch allen anderen zur Verfügung steht, die erst anfangen, das ist wenig bekannt. Es gibt nicht wenige aus der jüngeren Generation sozialdemokratischer Politiker, die ihm viel verdanken. Sie ehren ihn heute und damit seine und ihre Partei. Gerade in diesen Tagen spricht uns die Arbeit und die Persönlichkeit Alex Möller Mut zu.

(-/26.3.1982/ks/ca)

+ + +



Vilmar-Rede "eine Ungeheuerlichkeit"  
-----

Will der Ärztekammer-Präsident den Grundkonsens mit den Politikern aufkündigen?

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Herr Dr. Karsten Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer, hat auf einem Fortbildungskongreß der Bundesärztekammer in Davos (Schweiz) über bewußte oder unbewußte Ausnutzung der Lebensangst als Machtzuwachs gesprochen. Die Deutsche Presseagentur zitierte Vilmar dann wie folgt: "Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das auffällige Interesse von Gesundheitspolitikern an großen Patientengruppen wie den Krebskranken, den Rheumatikern oder den Behinderten, die gemeinsam mit ihren Angehörigen bei knappen Wahlentscheidungen eine ausschlaggebende Rolle spielen könnten." Der in dieser Unterstellung liegende Zynismus hat mich tief getroffen.

Gesundheitspolitiker, gleich welcher Partei sie angehören, haben die Pflicht und Schuldigkeit, alles zu tun, damit Erforschung und Bekämpfung der großen Volkskrankheiten weitergetrieben werden. Wenn ich an die vielfältigen Initiativen und Anstrengungen danke, die auf staatlicher Ebene, aber auch durch Institutionen wie die Deutsche Krebshilfe geleistet werden, dann ist es keine Selbstgerechtigkeit, wenn ich feststelle, daß hier enorme Leistungen ohne Wahlspekulationen erbracht wurden und werden.

Es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn Herr Vilmar den Politikern jedwede Moral abspricht, indem er behauptet, sie förderten den Kampf gegen den Krebs oder die Volkskrankheit Rheuma unter Ausnutzung unbewußter Lebensängste der Bevölkerung nur, weil es sich hier um große Patientengruppen handelt.

Bei allen Meinungsunterschieden in der Sache hat es zwischen den Vertretern der Ärzteschaft und den gesundheitspolitisch Verantwortlichen bisher immer einen gewissen Grundkonsens gegeben, besonders bei den schwerwiegendsten Problemen.

Ich fordere Herrn Vilmar hiermit auf, diesen Grundkonsens nicht aufzukündigen, sondern seine Unterstellung zurückzunehmen. Politik und Ärzteschaft müssen sich auch morgen noch in unvergifteter Atmosphäre an einen Tisch setzen können! (-/26.3.1982/ks/ca)

+ + +



**Den Arbeitnehmern helfen**  
-----

Der Bundesrat darf sich nicht um die Korrektur der Konkursordnung herumdrücken

Von Günter Apel

Senator für Bundesangelegenheiten der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg will in der heutigen Bundesratssitzung mit seiner Initiative, die Konkursordnung zu ändern, Arbeitnehmern helfen, denen dringend geholfen werden muß. Es geht um diejenigen Arbeiter und Angestellten, die durch Konkurs des Beschäftigungsunternehmens ihren Arbeitsplatz verloren und Ansprüche - meist auf Abfindung - aus einem Sozialplan haben. Es geht - wohlgemerkt - nicht darum, durch neues Recht neue Ansprüche zu begründen. Ziel unserer Initiative ist, bestehende oder nach geltendem Recht noch entstehende Ansprüche realisierbar zu machen. Wir wollen, daß diese Arbeitnehmer ihre Ansprüche nicht nur auf dem Papier haben, sondern daß sie sie auch verwirklichen können. Wir befinden uns damit in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften.

Mir ist es völlig unverständlich, wie man sich gegen dieses Ziel wenden kann.

Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Konkursordnung gezielt und eng begrenzt geändert werden, und zwar im Sinne der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgesetzes. Wir wollen nicht mehr, als diese Rechtsprechung durch Gesetz absichern. Das ist nötig, weil beim Bundesverfassungsgericht Beschwerden gegen diese Rechtsprechung anhängig sind.

Die Bedenken, die gegen eine Änderung der Konkursordnung in den Ausschüssen des Bundesrates erhoben wurde, überzeugen uns nicht. Um offen zu sein: Wir sehen darin eher Vorwände als begründete Einwände.

So überzeugt die Aussage nicht, man müsse zunächst abwarten, wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet. Einer der beiden Gründe, mit denen die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts angegriffen wird, fußt doch gerade darauf, daß dem Bundesarbeitsgericht eine so weitgehende Kompetenz zur Rechtsfortbildung fehle. Dazu bedürfe es eines Gesetzes.

Genau diese Lücke wollen wir schließen. Würde die Gesetzgebung unserem Vorschlag folgen, so wäre damit der Verfassungsbeschwerde ihr eines Standbein weggeschlagen. Und genau das wollen wir. Natürlich wissen wir, daß die Beschwerde auf zwei Beinen steht. Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts verletze, so wird argumentiert, die Artikel 3 und 14 des Grundgesetzes. Wir glauben das nicht.

Auch die darauf gestützte Argumentation leuchtet nicht ein: Sollte das Bundesverfassungsgericht dieser Ansicht folgen, so wäre dies selbstverständlich in der Gesetzgebung zu berücksichtigen. Und diese würde sich selbst im Falle der Zustimmung des Bundesrates - wie jeder weiß - noch längere Zeit hinziehen. Folgt das Bundesverfassungsgericht aber unserer Auffassung, das Grundgesetz werde nicht verletzt, wofür nach den Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts doch eine Menge spricht, so wäre durch die Ablehnung unseres Antrages nicht nur unnütz Zeit vertan, vor allem gingen Ansprüche von betroffenen Arbeitnehmern verloren. Denen bliebe dann in vielen Fällen nichts als der "Blick in die Röhre".



Jenseits aller Festtagsreden

Schwarzer Freitag für die Reform Europäischer Gemeinschaft

Von Klaus Wettig MdEP  
Mitglied des EP-Agrarausschusses

Die Mehrheit des Europäischen Parlaments hat bei dem Agrarpreisbeschluß versagt. Jetzt kann man nur noch auf mehr Vernunft bei den Agrarministern hoffen.

Jenseits aller Festtagsreden zum 25. Jahrestag der EG, haben sich die deutschen Christdemokraten und Liberalen an einer Mehrheitskoalition zusammen mit den französischen Kommunisten beteiligt, die mit dem völlig überhöhten Preisvorschlag von 14 Prozent jedem Gedanken an eine reformierte Agrarpolitik den Todesstoß versetzt hat. Der überhöhte Preisvorschlag und die Ablehnung aller anderen Reformvorschläge der EG-Kommission werden noch in diesem Jahr eine Milliarden-Mehrbelastung für den EG-Haushalt zur Folge haben. Da für diese Mehrbelastung keine zusätzlichen Einnahmen zur Verfügung stehen, müssen für die Kosten der Agrarpolitik Hilfen der EG für die Sozial- und Regionalpolitik gekürzt werden. Eine verfehlte Agrarpolitik frißt die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf. Einen besonderen Akzent erhalten die Mehrheitsbeschlüsse durch ihre Verbraucherfeindlichkeit. Würden die Beschlüsse Wirklichkeit werden, müßten die Verbraucher mit empfindlichen Preissteigerungen rechnen.

Hervorzuheben ist die Haltung der FDP-Abgeordneten im Europäischen Parlament, die sich in allen wichtigen Fragen gegen die Agrarpolitik der SPD/FDP-Koalition aussprach. Die Entscheidung ist ein schwarzer Freitag für die Reform der Europäischen Gemeinschaft.

(-/26.3.1982/h1/ca)

+ + +



Bemerkungen zur Denkschrift des BDA

Schlechter Rat von Seiten der Arbeitgeber

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Arbeitnehmer in unserem Lande und ihre Gewerkschaften sollten die Ohren spitzen. Noch sind die Wunden, die die Haushaltsoperation '82 schlug, nicht vernarbt und schon ziehen die Arbeitgeber in die nächste Runde, um das soziale Netz noch nachhaltiger zu beschädigen als dies ohnehin schon der Fall ist. Eingeleitet wird der Sturmlauf gegen den Sozialstaat mit der Denkschrift der Bundesvereinigung über "Soziale Sicherung in der Zukunft". Zwar versichert Arbeitgeberpräsident Otto Esser, man denke nicht an eine Demontage des Sozialsystems, aber man müsse umdenken, um einen Zusammenbruch der Sozialfinanzen zu verhindern.

Zum Umdenken gehört für die Arbeitgeber auch die Einführung von Karenztagen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, gehört die zeitliche Staffelung der Leistungshöhe, gehört die Überprüfung der Bemessungsgrundlage für den Krankenlohn und gehört die Selbstbeteiligung der Versicherten an der Arzt-, Arzneimittel- und Krankenkosten. Bei einem solchen Katalog von Abbruchschritten im sozialen Sicherungssystem von Reform und Erhalt des sozialen Netzes zu sprechen, ist blanker Hohn. Man kann den Arbeitgebern eigentlich nur dankbar sein, daß sie endlich einmal unverhüllt sagen, wo es ihrer Meinung nach in Zukunft lang gehen soll.

Die Vorstellungen der Bundesvereinigung zur Zukunft der Rentenfinanzen sind nicht halb so originell. Daß die Arbeitgeber einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit zurückhaltend gegenüberstehen würden, überrascht nicht. Daß sie die Auffassung vertreten, die Rentenanpassung dürfe nicht mehr bruttolohn-, sondern müsse netto lohnenorientiert sein, ist der Erörterung wert. Ihre apodiktische Absage an die Einführung einer Mindestrente und an den Gedanken der Pflegeversicherung ergibt sich aus ihrer Grundeinstellung, eine jegliche Weiterentwicklung des Sozialstaates erst einmal abzulehnen. Es überrascht nur, mit welcher Hartnäckigkeit Essers Kampfgruppe immer wieder dokumentiert, daß ihr das Verfassungsgebot der Sozialstaatlichkeit zutiefst zuwider ist.

Auf dem Feld der Arbeitslosenversicherung wird wieder die Mißbrauchs-Harfe von den Arbeitgebern angeschlagen und die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe von allen Erwerbstätigen, also auch den Selbständigen und den Beamten, kompromißlos abgelehnt. Auch das ist weder neu, noch ein Beitrag, über den es sich noch zu diskutieren lohnen würde.





Allenfalls die Wortwahl deutet die künftige Strategie an. Drastische Leistungseinschnitte verbirgt man im Augenblick unter der Forderung, die Leistungsstöße im Verlauf der Arbeitslosigkeit progressiv zu staffeln.

Um politische Verbündete wird sich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nicht lange bemühen müssen. Es fügte sich, daß am selben Tage der CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber wieder die gewaltigen Mißbräuche des sozialen Netzes im Deutschen Fernsehen zu Felde zog. Es ist schon eine Unverschämtheit sondergleichen, wenn ein Mann, der 10.000 und mehr DM im Monat kassiert, den Arbeitslosenhilfeempfängern zu ihrem schweren Schicksal auch noch die Übelsten Verdächtigungen an den Hals hängt. Der Stoiber sprach ja von "gewaltigem" Mißbrauch und keineswegs davon, daß natürlich auch auf diesem Gebiet wie überall einige Schlaumeier die vorhandenen Leistungen ungerechtfertigt in Anspruch nehmen. Wer Mißbrauch so anklagt wie der Oberkettenhund von Franz Josef Strauß, der will nach erprobtem Muster das Feld für neuerliche gewaltige Einschnitte ins soziale Netz vorbereiten. Man sollte den Herren rechtzeitig auf die Finger klopfen, damit sie sich nicht allzu lange in der Illusion wiegen, man könnte mit den Freidemokraten auch gleich noch die SPD-Fraktion für die beabsichtigte totale Demontage des Sozialstaates gewinnen.

Wer das soziale Netz kappen will, kündigt den Sozialpakt zwischen Kapital und Arbeit, auf den der unwahrscheinliche Aufstieg der Bundesrepublik nach dem Zusammenbruch beruhte und der auch heute noch Garant dafür ist, daß wir uns besser als andere Staaten in der weltweiten Krise behaupten können. Der geht bewußt an die Substanz der sozial schwächsten Schichten in unserer Gesellschaft, der verstößt mit vollem Bewußtsein gegen das Sozialstaatsgebot unserer Verfassung. Am Ende eines solchen Weges wird nicht etwa eine Erholung der Staats- und Sozialfinanzen stehen, sondern eine weitere explosionsartige Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Und die wird dann mit voller Wucht auf die Haushalte des Bundes und den gesetzlichen Sozialleistungsträger zurück schlagen. Die negativen Erfahrungen, die die Briten und die Amerikaner, die Israelis und die Argentinier mit einer solchen Politik machen konnten, sollten auch den Arbeitgebern, den Unionsparteien und unserem Koalitionspartner zu denken geben.

Da man die antisozialen Haie um Esser und Strauß mit moralischen Appellen und Hinweisen auf das Grundgesetz nicht beeindruckt, sei nur noch ein Blick auf die ökonomischen Folgen der beabsichtigten Leistungseinschnitte getätigt. Das Rheinland-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hat schon warnend auf die konjunkturellen Folgen der Operation '82 hingewiesen. Es hat errechnet, daß die wachstumsdämpfenden Effekte der Operation '82 sich auch in verminderten Investitionen, in Verlusten an Arbeitsplätzen und in geringeren Steuererwartungen niederschlagen. Wenn man diesen nicht unproblematischen Nebeneffekt durch eine Politik à la Esser und Stoiber noch verschärfen würde, dann werden Entwicklungen heraufbeschworen, die irgendwann einmal (und das wird gar nicht so lange dauern) die Probleme schlechthin unbeherrschbar machen.

Man kann nicht erwarten, daß sich die SPD auf solch eine abschüssige Bahn begibt.  
(-/26.3.1982/h1/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

